

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 15 Pf. Die Postämter sind ersucht, das Wilsdruffer Tageblatt als Zeitung zu klassifizieren. — Abrechnung einjähriger Abonnements erfolgt nur, wenn Porto bestellt.

Abrechnung einjähriger Abonnements erfolgt nur, wenn Porto bestellt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 176. — 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 30. Juli 1926

## Machtpolitik.

Mit einer gewissen Geheimnistuerei ist der amerikanische Staatssekretär Mellon nach Europa, und zwar nach Paris gereist. Man hatte geglaubt, daß er, der mit Caillaux über die französischen Schulden an Amerika verhandelt hatte, zu dem Zweck nach Europa und Frankreich gefahren ist, um dort die ergebnislos gebliebenen Verhandlungen mit Frankreich fortzusetzen. Jetzt kommt aber die überraschende Nachricht aus London, daß in Paris der Plan zur Sprache gebracht worden sei, eine internationale Schuldskonferenz zu Ende dieses Jahres einzuberufen, an der England, Frankreich, Italien, Amerika, Belgien und Deutschland teilnehmen sollen. Vor allem soll auf dieser Konferenz die Erfüllungsmöglichkeit des Dawes-Plans überprüft werden, wobei festgelegt werden soll, ob nicht eine Revision seiner Bestimmungen eine Notwendigkeit ist.

Bekanntlich steht der Dawes-Plan hinsichtlich der deutschen Zahlungen am 1. September d. J. mit voller Wirksamkeit ein; die Atempause ist zu Ende, die man uns in diesem Plane gegönnt hat, um Deutschlands Wirtschaft reparationsfähig zu machen. Die Außenminister dieses Landes, vor allem also Frankreich, werden sich jetzt klar darüber werden müssen, ob sich die Hoffnungen, die sie an diesen Plan geknüpft haben, nun auch verwirklichen können. Die deutsche Wirtschaft sieht in ihrem augenblicklichen Zustand nicht danach aus, als 1. September d. J. nun zu so erheblichen Zahlungen verpflichtet werden zu können, wie sie der Dawes-Plan vorsieht. Er hat ja die deutschen Zahlungsverpflichtungen sozusagen internationalisiert, hat die Summe von allein 11 Milliarden Aktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und 5 Milliarden deutscher Industrieobligationsanleihe in die Hände der Entente gelegt. — Was liegt da näher, als daß man nun versucht, dem notleidenden Staat mit Hilfe dieser deutschen Schuldverschreibungen aufzuhelfen. Der amerikanische Präsident Coolidge hat seinem Staatssekretär Mellon den Auftrag gegeben, sich sofort mit den europäischen Staatsmännern in Verbindung zu setzen zwecks Aussprache über die Finanzlage der Länder, die im Kriege am meisten gelitten haben. Auch in Amerika mehren sich ja die Stimmen, die es als eine Absurdität betrachten, daß nicht bloß die jetzt lebenden Geschlechter, die den Krieg miterlebt und miterduldet haben, die Kosten dieses Krieges an den alleinigen Sieger, nämlich Amerika, bezahlen sollen, sondern daß unter dieser Last auch die kommenden Geschlechter seufzen müssen.

Aber vielleicht ist das alles nur selbstverschuldet; anders kann man es sich sonst nicht erklären, wenn auf eine Anfrage hin im englischen Unterhause der Minister des Auswärtigen, Chamberlain, erklärt, man habe der deutschen Regierung keinerlei Zusage gegeben, daß die Besatzungsstruppen im Rheinland auf die Zahl der deutschen Garnisonstruppen vor dem Krieg vermindert werden. Damit hat Chamberlain eine Hoffnung zerschlagen, die ganz Deutschland an die Mittelungen geknüpft hat, die seit dem September vergangenen Jahres von der deutschen Delegation in Locarno gemacht worden sind. Eine der ersten „Rückwirkungen“ dieses Vertrages sollte eine erhebliche Verminderung der Stärke der Besatzungsstruppen im Rheinland sein. — Diese Hoffnung ist jetzt zerfallen. Verträgt sich schon überhaupt nicht die Besetzung fremden Gebietes mit dem Geist von Locarno, so ist es ein Hohn auf ihn, daß man jetzt diese Besetzung in ihrer ursprünglichen vorgefertigten Stärke erhält. Es wirkt fast wie ein Witz, daß fast gleichzeitig Deutschland müsse nach seinem Beitritt zum Locarno-Vertrag, sobald es Mitglied des Völkerbundes geworden sei, auf der Grundtage völliger Gleichberechtigung behandelt werden, und er hoffe, daß die im vergangenen März anlässlich der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gemachten Mißgriffe sich nicht als verhängnisvoll erweisen werden. Aber wie wenig letzten Endes auf eine derartige Äußerung zu geben ist, das beweist am besten die Lobpreisung, in die Lord Grey hinsichtlich der Politik des jetzigen englischen Außenministers ausbricht: sie zielt darauf ab, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vorzuvereiteln. England wird versetzen, daß wir Deutsche darüber anderer Meinung sind, daß wir Deutsche nämlich glauben, es hätte nur eines englischen Nachwortes bedurft, um die verfahren Situation damals in Genf mit einem Schlage zu entwirren. Gerade die Frage der Besatzungsstruppen ist für uns Deutsche das A und O der ganzen uns gegenüber befolgt die Entente immer noch die alte Machtpolitik, die Politik des Vorsehens, die Politik der Ausnutzung ihres Sieges.

Wir wollen uns nicht in einen Optimismus hineinbegeben, zu dem irgendeine Veranlassung gar nicht vorliegt; uns gegenüber befolgt die Entente immer noch die alte Machtpolitik, die Politik des Vorsehens, die Politik der Ausnutzung ihres Sieges.

## Deutschlands koloniale Bestrebungen.

### Kolonialmandate für Deutschland?

Eine englische Stimme.

Heißer denn je lebt im deutschen Volke der Wunsch, wieder in den Besitz von Kolonien zu gelangen, die ihm der Versailles Vertrag entzogen hat. Erst vor kurzem hat Reichsinnenminister Dr. Hilz betont, daß eine Bedingung für Deutschlands Aufstieg der Besitz von Kolonien sei. Diese kolonialen Wünsche finden nunmehr auch im Ausland ein Echo. Die konservative Londoner „Times“ kommen an hervorragender Stelle auf die kolonialen Bestrebungen Deutschlands zu sprechen, die im jetzigen Augenblick um so wichtiger erscheinen, als so meint das Blatt, Deutschland als baldiges Mitglied des Völkerbundes seinen kolonialen Wünschen besonderen Nachdruck verleihen wird.

Das Blatt fährt dann fort: Die Annahme, daß man Deutschland bestimmt versprochen habe, nach seiner Aufnahme in den Völkerbund ihm ein Kolonialmandat zur Verfügung zu stellen, sei nicht richtig. Im Augenblick sei auch kein Kolonialmandat frei. Die Mächte, die die schwere Verantwortung von Völkerbundmandaten übernehmen, hätten dies nur unter der Bedingung getan, daß sie die ihnen übertragenen Kolonialmandate nur im Falle schlechter Verwaltung oder auf eigenen Wunsch dem Völkerbund zurückzugeben brauchen. Als Mitglied des Völkerbundes würde Deutschland natürlich wie auch alle anderen prominenten Völkerbundmitglieder zur Verwaltung eines frei werdenden Mandats berechtigt sein. Auf Grund der gegenwärtigen Methode könnte aber Deutschland nach seiner Aufnahme sich nur an der allgemeinen Kontrolle des Völkerbundes über seine Mandate beteiligen. Die praktischen Erfahrungen der früheren Gouverneure der deutschen Kolonien könnten dabei zum Vorteil der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes verwendet werden.

Inbesondere scheine man in Deutschland über den allgemeinen Entwicklungsprozess Ostafrikas beunruhigt zu sein. Solche Protektorate, heißt es im Programm der Arbeitsgemeinschaft, dürften nicht mit anderen Territorien zu Verwaltungszwecken verbunden werden. Es sehe aber fest, so sagt das englische Blatt, daß die englische Verwaltung aller ostafrikanischen Territorien durchaus im Geiste der Völkerbundmandate durchgeführt werde. Vor allen Dingen möchte man aber, wie die „Times“ betonen, vermeiden, über die Frage dieser ehemaligen deutschen Kolonialmandate mit Deutschland eine Kontroverse zu beginnen. Hierfür lägen auch gar keine Gründe vor. Den früheren deutschen Anstrebungen sei es kürzlich erlaubt worden, nach Kamerun und Ostafrika zurückzukehren, und sie scheinen durchaus mit der englischen Verwaltung zufrieden zu sein. Eine politische Durchdringung der ehemaligen deutschen Kolonien zum Zwecke

der Unterminierung der ehemaligen Mandatsautorität würde natürlich von der englischen Regierung nicht gestiftet werden. Andererseits siehe aber natürlich Deutschland die Tür zu seinen ehemaligen Kolonien offen.

### Wichtige Beratungen im russischen Außenkommissariat.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Moskau, 29. Juli. In Moskau hat heute eine wichtige politische Beratung im Außenkommissariat stattgefunden, an der sich auch die russischen Gesandten im Ausland beteiligten. Auf dem Programm der Tagesordnung standen Beratungen über die politische Lage in Westeuropa, die Umorganisation der Sowjetgesandtschaften im Ausland im Zusammenhang mit der neuen Sparmaßnahmenpolitik und schließlich die Beratungen über die Garantieverhandlungen mit den baltischen Staaten.

### Um den neuen Oberkommissar in Syrien

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 29. Juli. Es scheint nunmehr endgültig festzustehen, daß der bisherige Oberkommissar für Syrien De Douvenel nicht mehr nach Syrien zurückkehren wird. Man nimmt jetzt an, daß der gegenwärtige kommandierende General in Syrien Gamelin zum Oberkommissar ernannt wird. Als Nachfolger des bisherigen Vorgesetzten in Angora, des jetzigen Ministers Sartout, wird der bekannte Abgeordnete Franklin Bouillon genannt.

### 3 Frachtschiffe gesunken. — 54 Personen ertrunken.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Neuyork, 30. Juli. Nicht weit von San Domingo (Haiti) sind drei Frachtschiffe gesunken. Bei dem Untergang der Schiffe verloren 54 Personen das Leben.

### Das Amendement der Völkerbundsatzungen über die Regeln der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder in Kraft.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, 30. Juli. Der neu ernannte spanische Gesandte in Bern hat gestern im Völkerbundssekretariat die Ratifikationsurkunden zum Amendement des Artikels 4 der Satzung überreicht. Alle Ratsmitglieder und die Mehrheit der Bundesmitglieder haben nunmehr das Amendement anerkannt. Es ist daher gestern in Kraft getreten. Es lautet: Die Versammlung bestimmt mit Zweidrittelmehrheit die Regeln für die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder und zwar besonders die Dauer des Mandats und die Bedingungen der Wiederwählbarkeit.

### Die Reparationslieferungen im Juni.

Höher als im Monat vorher.

Zahl und Wert der im Juni mit Frankreich abgeschlossenen Verträge auf Reparationslieferungen sind nicht unbedeutend höher als im Vormonat. Insgesamt wurden 225 Verträge im Werte von 15,9 Millionen Reichsmark genehmigt. Damit erhöht sich für Frankreich der Wert der seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes abgeschlossenen Verträge auf insgesamt 277,5 Millionen Reichsmark.

Die Anzahl der genehmigten belgischen Verträge hat sich auf der Höhe des Vormonats gehalten. Nach Abzug von sieben Annullierungsverträgen stellt sich im Berichtsmonat der Wert der genehmigten Verträge auf 1,6 Millionen Reichsmark. Der Gesamtwert der seit dem Inkrafttreten des Dawes-Planes genehmigten belgischen Verträge beläuft sich auf 62 Millionen Reichsmark.

### Dr. Schacht über die alten Tausendmarkscheine.

Authentische Erklärungen vor Gericht.

Wegen Verleumdung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hatte sich der Anwalt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor dem Reichsgericht in Leipzig verantworten. Der Angeklagte, der Leiter einer Reichsbank, der sogenannten Reichsbank, hat sich an Dr. Schacht eine offene Postkarte geschrieben. Darin hieß es: „Im großen und ganzen soll Dr. Schacht als Reichsbankpräsident nicht abgelassen werden, daß er den Standpunkt der ihm anvertrauten Reichsbank vertritt, wenn es sein muß, mit edelsten Tugenden.“ Es war daraus Strafandrohung gestellt worden und die Staatsanwaltschaft hatte öffentliche Verleumdung erhoben.

Bom Gericht war als einziger Zeuge Reichsbankpräsident Dr. Schacht geladen worden. Dieser machte zum ersten Male vor der Öffentlichkeit nähere Angaben, welche Verwandnis

es mit den noch im Umlauf befindlichen alten Tausendmarkscheinen habe. Es haben davon vier Emissionen stattgefunden, die erste belief sich auf 520 Millionen Reichsmark und ist bis auf 149 000 Reichsmark in die Kasse der Reichsbank zurückgewandert. Die beiden nächsten Emissionen beliefen sich auf 937 Millionen und 500 Millionen Reichsmark; sie sind restlos eingezogen und vernichtet worden. Die vierte und letzte Emission hatte die Höhe von 136 Milliarden Reichsmark, und die Ausgabe dieser Scheine erfolgte bis in die schwerste Inflationszeit. Der Druck erfolgte auf den alten Platten und sämtliche Scheine aus dieser Zeit tragen ebenfalls das Datum vom November 1910.

Das Reichsgericht Schöneberg stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts, daß der Vorgehensweise vollkommen mangelhaft sei. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten wegen öffentlicher Verleumdung auf 500 Reichsmark Geldstrafe oder für je 10 Reichsmark einen Tag Gefängnis.

### Unwetter und Wasserschäden.

Überschwemmungskatastrophe in Nordkorea.

Der Norden Koreas wurde von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Nach Berichten aus Tokio wurden sieben Personen getötet und 70 verwundet, während noch weitere 80 vermisst werden. 1300 Häuser wurden zerstört. Bei einem Erdbeben, der durch Wellenbrüche verursacht wurde, kamen 36 Personen ums Leben, 170 wurden verletzt, über 100 Einwohner werden noch vermisst und mehr als 1000 sind obdachlos; drei Dörfer wurden zerstört.

Unwetter in Norditalien.

Über Norditalien ist wiederum ein starkes Gewitter niedergegangen. In Genua ist durch ein starkes Gewitter die elektrische Leitung zerstört worden, so daß die gesamte Stadt über eine Stunde ohne Licht blieb. In einigen Straßen war der Sturm so heftig, daß der Fußgängerverkehr unmöglich war. In der Nähe von Turin ist ein starkes Hagelwetter niedergegangen. Die Felder waren mit einer 25 Zentimeter hohen Eisdicke bedeckt. Die Temperatur ist stark gesunken.